



KREIS OSTHOLSTEIN • Postfach 433 • 23694 Eutin

Per beBPO

Landesamt für Umwelt des Landes Schleswig-Holstein

Abteilung 3 – Immissionsschutz – Dezernat 31

Frau Nicole Scheel

Hamburger Chaussee 25

24220 Flintbek

Der Landrat

Fachdienst Natur und Umwelt

Fachgebiet Ordnung und Abfall

Geschäftszeichen

Auskunft erteilt

Telefon

Fax

E-Mail

Datum

18.03.2025

Betreff: 2025-02-14_Beteiligung_Kreis_OH_G20/2023/081-082

Sehr geehrte Frau Scheel,

anbei erhalten Sie die Stellungnahme des Kreises Ostholstein für das o.a. Genehmigungsverfahren nach BImSchG.

Im Einzelnen erhalten Sie die Stellungnahmen der beteiligten Behörden, welche ihre Bedingungen, Auflagen und Hinweise gesondert aufgeführt haben.

Untere Abfallbehörde:

Gegen das o.g. Vorhaben bestehen aus abfallrechtlicher Sicht keine Bedenken.

Bei der Verwendung von Recyclingmaterial gelten die Bestimmungen der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und sind somit zu berücksichtigen.

Alle anfallenden Abfälle sind ordnungsgemäß zu entsorgen.

Kreishaus

Lübecker Straße 41
23701 Eutin

Telekommunikation

Telefon: 04521 788-0
Telefax: 04521 788-600
E-Mail: info@kreis-oh.de
Internet: www.kreis-oh.de

**Beratung
für Bürgerinnen
und Bürger**

Telefon: 04521 788-438

Öffnungszeiten

Mo. – Fr. 8.00 – 12.00 Uhr
Mo. – Do. 13.30 – 15.30 Uhr
oder nach Vereinbarung

Bankverbindung

Sparkasse Holstein
IBAN:
DE 77 21352240 000000 7401
BIC: NOLADE21HOL

Untere Bauaufsichtsbehörde:

Aus planungsrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken, da es sich bei dem Vorhaben um ein nach § 35 (1) BauGB privilegiertes Vorhaben handelt.

Bauordnungsrechtlich sind vor Erteilung Ihrer Genehmigung folgenden Bedingungen und Auflagen zu erfüllen:

Bedingungen:

1. Mit der Ausführung des Vorhabens darf erst begonnen werden, wenn der zu beauftragende Prüferingenieur Dr.-Ing. [REDACTED] [REDACTED] die Freigabe für den Baubeginn erteilt hat (§ 72 LBO).

Hinweis:

Die konstruktive Bauüberwachung durch den zu beauftragenden Prüferingenieur für Baustatik ist hinsichtlich der Typenprüfungen in Konformität der Anlagen und der jeweiligen Gründungsart durchzuführen. Der Prüfauftrag muss vor Baubeginn erteilt werden.

2. Zur Sicherung des Rückbaus der Anlagen ist eine Rückbauverpflichtung gemäß § 35 Abs. 5 Baugesetzbuch in Form einer Baulast einzutragen. Dies wird durch den Fachdienst Bauordnung vorbereitet und ist vom Antragsteller zu unterschreiben und zu beglaubigen.
3. Zur Sicherung der Grundstücksverhältnisse gemäß §§ 4, 6 Landesbauordnung SH (LBO) hat der Bauherr nachzuweisen, dass die verkehrliche Erschließung bis an die öffentliche Verkehrsfläche und die Einhaltung von Abstandsflächen dauerhaft gesichert ist.

Es ist daher schriftlich nachzuweisen, dass im Bereich der für das Bauvorhaben notwendigen verkehrlichen Erschließung, die Zuwegung, als auch die Abstandsflächen, auf anderen als dem eigentlichen Baugrundstück, sowie die Rotorblattüberstreifflächen, in der Übernahme, öffentlich – rechtlich, durch Eintragung einer Verpflichtungserklärung (Baulast) gesichert ist. Diese Verpflichtungserklärung wird vom Fachdienst Bauordnung des Kreises Ostholstein vorbereitet.

4. Als Nachweis der Grundstücksverhältnisse sind daher vollständige Grundbuchauszüge (aktuell, nicht älter als drei Monate) über alle betroffenen Grundstücke (Begünstigte und zu belastende) und soweit erforderlich, die notwendigen Verpflichtungserklärungen zur Eintragung von Baulasten vorzulegen. (Mit Vorlage der Nachweise können hier die Verpflichtungserklärungen vorbereitet werden; entsprechende Lagepläne und Katasterpläne sind vom Bauherrn jedoch bereitzustellen).
5. Zum Baubeginn ist eine Bestätigung von der Bank vorzulegen, dass die abgegebene Bankbürgschaft weiterhin Bestand hat.
6. Der Grundstückseigentümer hat eine Duldungsverpflichtung zum Betreten und Abbau der Anlagen per Verpflichtungserklärung zu übernehmen. Diese Verpflichtungserklärung wird vom Fachdienst Bauordnung (Kreis Ostholstein) vorbereitet.

Auflagen:

1. Vor Baubeginn sind nach Maßgabe des § 69 LBO die bautechnischen Nachweise, einschließlich Typenprüfungen sowie die erforderlichen Baugrundgutachten und Gutachten zur Standorteignung im Nachweis, für die konstruktiven Bauüberwachung und Konformitätsprüfung der Anlagen, durch den zu beauftragenden Prüfsachverständigen für Baustatik, sowie eine Ausfertigung der Genehmigung mit Bauvorlagen, bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde einzureichen.
2. Mit der Konformitätsprüfung und konstruktiven Bauüberwachung bis zur Aufnahme der Nutzung wird das Prüfbüro für Baustatik, Dr.-Ing. [REDACTED] [REDACTED] vor Baubeginn von mir beauftragt.
3. Die Einhaltung der in den Prüfberichten bzw. Prüfbescheiden über den Nachweis der Standsicherheit aufgeführten Auflagen an die Bauausführung ist im Rahmen der Bauüberwachung und/oder der Bauzustandsbesichtigung zu überprüfen (§§ 66, 81, 82 LBO; Richtlinie „Windenergieanlagen; Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung“).
4. Die wiederkehrenden Prüfungen sind in regelmäßigen Intervallen durch Sachverständige an Maschine und Rotorblättern und auch an der Turmkonstruktion durchzuführen (Richtlinie für Windenergieanlagen vom Deutschen Institut für Bautechnik Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung, Fassung März 2004 - in Schleswig-Holstein eingeführte Techn. Baubestimmung, § 57 LBO).

Hinweis:

Die Prüfintervalle hierfür ergeben sich aus den gutachterlichen Stellungnahmen zur Maschine. Sie betragen höchstens zwei Jahre, dürfen jedoch auf vier Jahre verlängert werden, wenn durch von der Herstellerfirma autorisierte Sachkundige eine laufende (mindestens jährliche) Überwachung und Wartung der Windenergieanlage durchgeführt wird. Gemäß Richtlinie „Windenergieanlagen; Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung“ sind die Durchführung der wiederkehrenden Prüfungen nach Abschnitt 13 der Richtlinie in Verbindung mit dem begutachteten Wartungspflichtenbuch (siehe 4.1 zu Abschnitt 3, Buchstabe L der Richtlinie) sowie die Einhaltung der in den Gutachten nach 3.1 bis 3.3 formulierten Auflagen sicherzustellen.

5. Die Bauzustandsanzeigen (Baubeginn, Rohbau, Nutzungsaufnahme) sind dem Fachdienst Bauordnung und dem Prüfsachverständigen für Baustatik rechtzeitig nach Maßgabe des § 82 LBO anzuzeigen; Baubeginn mindestens zehn Werktage und Nutzungsaufnahme mindestens zwei Wochen vorher (**siehe Anlage**).
6. Über die Einhaltung der Grundrissflächen der baulichen Anlagen und die Festlegung seiner Höhenlage nach den genehmigten Bauunterlagen ist ein amtlicher Nachweis durch das zuständige Katasteramt oder einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur zu führen. Dieser Nachweis ist der Unteren Bauaufsichtsbehörde mit Anzeige zum Baubeginn vorzulegen (§§ 72 Abs. 6 und 81 Abs. 1 LBO).

7. Die Zufahrt, einschließlich Kranaufstellungsfläche, ist als Feuerwehruzufahrts- und Aufstellflächen gemäß der Richtlinie RL über Flächen für die Feuerwehr (MRFIFw) herzustellen (§ 5 LBO).
8. Der Nachweis ist mit Anzeige zur Aufnahme der Nutzung in einer schriftlichen Erklärung des Herstellers zu erbringen. (§ 51 LBO)
9. Die Windkraftanlagen sind am Standort zu kennzeichnen (§ 72 Abs. 2 LBO).

Untere Bodenschutzbehörde (einschl. Grundwasserschutz):

Bodenschutz

Gegen das o. g. Vorhaben bestehen aus bodenschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

Hinweise:

Um den Vorsorgegrundsätzen der §§ 1, 4 und 7 des Bundesbodenschutzgesetzes nachzukommen ist der „Leitfaden zum Bodenschutz beim Bauen“ des Landes Schleswig-Holstein zu beachten.

Bodenverdichtungen und -versiegelungen sind zu vermeiden oder zu minimieren. Minimierungs- und Vermeidungsmöglichkeiten, insbesondere bei den Zuwegungen, sind zu prüfen sowie die Unvermeidlichkeit zu erläutern. Die Prüfung der Eingriffe und Beeinträchtigungen in Böden sind der Unteren Bodenschutzbehörde zur Verfügung zu stellen (§ 2 Abs. 1 Landesbodenschutzgesetz).

Der Abtrag von Oberboden muss rückschreitend mit Raupenbaggern erfolgen. Das Abschieben ist nicht zulässig (DIN 19639, 6.3.6). Wird Boden zwischengelagert, sind die Vorgaben der DIN 19731, Punkt 7.2 zu beachten. Wird Boden auf dem Baufeld wiederverwertet, sind die DIN 19731 und die Ersatzbaustoffverordnung sowie die Bundesbodenschutzverordnung zu beachten.

Eine Verwertung von überschüssigem Boden außerhalb des Plangebietes in Form einer Verfüllung oder Aufschüttung bedarf in der Regel einer naturschutzrechtlichen Genehmigung, sobald die Menge 30 m³ oder die Fläche 1000 m² überschreitet.

Gemäß § 2 des Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes (LBodSchG) sind Anhaltspunkte für das Vorliegen einer schädlichen Bodenveränderung oder Altlast unverzüglich der Unteren Bodenschutzbehörde mitzuteilen.

Bei dauerhafter Aufgabe der Nutzung ist die Anlage gemäß Erlass zu Vollzug der Rückbauverpflichtung § 35 Abs. 5 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) vollständig zurückzubauen und die Fläche zu entsiegeln.

Hinsichtlich der Rückbauverpflichtung bei Außenbereichsvorhaben weise ich auf den Erlass des MELUND vom 22.04.2020 zum Vollzug der Rückbauverpflichtung nach § 35 Absatz 5

Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) bei Genehmigung und nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung von Windkraftanlagen hin. Über den Eingang einer Rückbauanzeige gem. § 63 Absatz 3 LBO erbitte ich eine Information.

Auflagen:

1. Wird Boden auf dem Baufeld wiederverwertet, dürfen nur natürlicher, gewachsener Boden i. S. der BBodSchV und Ersatzbaustoffe BM0 und BG0, die den Anforderungen der Ersatzbaustoffverordnung entsprechen, eingebaut werden. Soll aufbereiteter Boden (BM0, BG0-S, BM0*, BG0*-S) zur Auffüllung eingesetzt werden, so bedarf dies meiner vorherigen Zustimmung. In diesem Fall ist die Eignung des Materials nachzuweisen. Vorzulegen sind:

- Analytik,
- vollständig ausgefülltes Probenentnahmeprotokoll nach LAGA PN 98,
- Lageplan der Probenentnahme,
- Klassifizierung nach Ersatzbaustoffverordnung.

Die Annahme und der Verbleib des Materials müssen nachvollziehbar belegt sein. Unklarheiten gehen zu Lasten des Unternehmens.

2. Im Rahmen der Ausführungsplanung ist gemäß DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ ein Bodenschutzkonzept zu erstellen. Dieses Konzept soll alle bodenschutzrelevanten Daten zusammenfassen, Auswirkungen der Maßnahme beschreiben und konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen zum Erhalt oder zur Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktionen enthalten.

Um diese Vorgaben einzuhalten, zu überwachen und zu dokumentieren ist eine bodenkundliche Baubegleitung durch eine bodenkundlich ausgebildete Fachperson mit entsprechenden beruflichen Qualifikationen vom Vorhabenträger einzusetzen und bei der Unteren Bodenschutzbehörde vorab zu benennen. Die bodenkundliche Baubegleitung nimmt regelmäßig an den Baubesprechungen zur Vorbereitung und während der bodenschutzrelevanten Arbeiten teil und kontrolliert und dokumentiert die Einhaltung der vorsorgenden Maßnahmen. Die bodenkundliche Baubegleitung ist namentlich zu benennen und der Unteren Bodenschutzbehörde spätestens vier Wochen vor Baubeginn mitzuteilen. Die bodenkundliche Baubegleitung hat der Unteren Bodenschutzbehörde regelmäßig 14-tägig zu berichten.

Grundwasserschutz

Gegen das o. g. Vorhaben bestehen aus grundwasserschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

Hinweise:

Ich möchte darauf hinweisen, dass die geplanten Anlagen im Trinkwassergewinnungsgebiet des Wasserwerkes II (Riesebusch) der Städtischen Betriebe Bad Schwartau liegen. Das Durchstoßen der Deckschicht oder das Vermindern der Mächtigkeit der Deckschicht, die dem Schutz des Grundwasserleiters dient, welcher zur Trinkwasserversorgung benutzt wird, ist zu vermeiden.

Erdaufschlüsse (z.B. auch Pfahlgründungen) sind gem. § 49 WHG ab einer Tiefe von 10 m (§ 40 Landeswassergesetz) oder bei Erschließung von Grundwasser bei der Unteren Wasserbehörde mindestens einen Monat vor Beginn der Arbeiten anzuzeigen.

Sollten Grundwasserhaltungen für die Bauzeit notwendig sein, stellen sie eine Benutzung des Grundwassers gem. Wasserhaushaltsgesetz dar und sind daher gem. WHG erlaubnispflichtig. Ein entsprechender Antrag ist mindestens einen Monat vor Beginn der Arbeiten einzureichen.

Untere Naturschutzbehörde:

Die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht.

Untere Wasserbehörde:

Aus wasserrechtlicher Sicht sind nachstehende Hinweise zu beachten:

Niederschlagswasser

Durch die geplanten Windkraftanlagen, insbesondere durch Fundamente und Zufahrtswege, kommt es zur einer Teilversiegelung und Verdichtung der bislang unversiegelten Flächen.

Das anfallende Niederschlagswasser von verdichteten und versiegelten Flächen im Plangebiet ist schadlos abzuführen. Hierzu bedarf es Angaben, insbesondere ist aufzuzeigen, mit welchen geeigneten technischen Maßnahmen eine Beeinträchtigung der Schutzgüter Boden und Wasser vermieden bzw. minimiert wird.

Für die Einleitung des Niederschlagswassers in den Untergrund ist eine wasserrechtliche Erlaubnis nicht erforderlich, wenn das Niederschlagswasser mit vergleichbarer Belastung wie in reinen Wohngebieten bis zu einer befestigten Fläche von 1.000 m² anfällt und über eine belebte Bodenzone versickert wird. Die Wasserbehörde kann Anordnungen zum Schutz des Grundwassers treffen.

Der Nachweis der schadlosen Versickerung gem. dem DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.) Arbeitsblatt 138-1 ist gegenüber der Unteren Wasserbehörde des Kreises zu erbringen.

Falls von versiegelten Flächen gezielt Niederschlagswasser in ein Gewässer oder ins Grundwasser eingeleitet wird, so ist entsprechender Antrag auf wasserbehördliche Erlaubnis gem. §§ 8-10, 13 WHG bei der unteren Wasserbehörde des Kreises zu stellen.

Gewässer

Falls Kreuzungen unter oder über dem Gewässer z.B. durch Versorgungsleitungen oder Überwegungen über Gewässer notwendig sein sollten, so ist ein Antrag auf Genehmigung einer Anlage am Gewässer gem. § 23 LWG bei der Unteren Wasserbehörde des Kreises Ostholstein zu stellen. Hier ist vorrangig die Durchgängigkeit des Gewässers zu gewährleisten bzw. zu verbessern.

Falls sich im Plangebiet Kleingewässer befinden, dürfen diese nicht durch die vorgesehenen Baumaßnahmen beeinträchtigt werden. Es sollte ein Abstand von fünf Metern von den Ufern vorgesehen werden.

Weiterhin sind präventive Maßnahmen (z.B. Verwallung) während der Baumaßnahme vorzusehen, um Schadstoff- und Sedimenteintrag in die Gewässer (Kleingewässer sowie Fließgewässer) zu verhindern

Falls durch die Baumaßnahme Verbandsgewässer tangiert werden sollten, sind Abstände von mindestens 6 m beidseitig der Böschungsoberkante von Verbandsgewässern bzw. 6 m beidseitig der Rohrachse bei verrohrten Gewässern und Rohrleitungen lt. Satzung der Wasser- und Bodenverbände einzuhalten.

Brandschutzdienststelle:

Bei Einhaltung des vorgelegten generischen Brandschutzkonzeptes für die Errichtung von Windenergieanlagen der Typen EnVentus™ vom TÜV Süd, München, vom 31.05.2022 mit dem Zeichen IS-ESM 4-MUC/wi bestehen aus Sicht der Brandschutzdienststelle keine Bedenken gegen die geplanten Windkraftanlagen.

- Die Gemeindewehrführung ist über die Löschmodalitäten für die geplanten Anlagen sowie über die Zufahrtssituation vor Inbetriebnahme zu unterrichten; ebenso ist der örtlichen Feuerwehr Gelegenheit zu geben, sich mit den geplanten Anlagen vor Ort regelmäßig vertraut zu machen (§ 51 LBO).

Untere Denkmalschutzbehörde:

1. Baudenkmalpflegerische Belange des Kreises Ostholstein werden nicht berührt (ehemals PR3_OHS-081).

2. Durch die für die Maßnahme erforderlichen Bodeneingriffe können Belange der archäologischen Denkmalpflege berührt sein. Hierzu kann das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein Stellung nehmen.

3. Durch die geografische Lage der Windkraftanlage können Sichtachsen des Kulturerbes „Lübecker Altstadt“ betroffen sein. Hierzu ist die Denkmalschutzbehörde der Hansestadt Lübeck einzubinden.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

